



AGRARBÜNDNIS ÖSTERREICH
*Bündnis von KonsumentInnen und
Bäuerinnen und Bauern*

ÖKOBURO
Koordinationsstelle österreichischer
Umweltorganisationen

Forderungen der Zivilgesellschaft anlässlich der WTO- Ministerkonferenz in Hongkong

1. Einbettung der Handelspolitik in übergeordnete Ziele – kein Freihandel über alles!!

Instrumente dürfen niemals zu Zielen werden. Dies ist in der WTO aber der Fall. Das Instrument Freihandel ist zum Ziel geworden. Wirkliche Ziele können jedoch nur sein: Schutz der Menschenrechte, Umwelt- und Naturschutz, gerechter Welthandel, Armutsbekämpfung, Hungerbeseitigung oder nachhaltige Entwicklung. Freihandel muss auf seinen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele untersucht werden.

Wir fordern daher:

- Stopp weiterer Liberalisierungen in allen Bereichen der WTO.
- unabhängige Evaluierung der bisherigen Liberalisierungsschritte mit besonderer Berücksichtigung ihrer sozialen-, umwelt- und entwicklungsrelevanten Ergebnisse.
- Achtung anderer Internationaler Verträge und Vereinbarungen durch die WTO.
- Schaffung eines globalen Ordnungsrahmens mit einklagbaren Umwelt- und Sozialstandards
- Sukzessive Verlagerung der Verhandlungen auf Ebene der Vereinten Nationen.

2. Demokratisierung der WTO

Die WTO ist durch unklare Entscheidungsstrukturen, informelle Treffen, Mini-Ministerkonferenzen, etc. geprägt. Selbst WTO-Generalsekretär Pascal Lamy beschrieb diesen Umstand als „mittelalterliche Strukturen“. Die meisten Entscheidungen fallen weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ein nicht gewähltes Richterorgane entscheidet über bzw. gegen gewählte Parlamente in ganz entscheidenden Fragen. In den zentralen Verhandlungen fehlt jegliche Transparenz.

Wir fordern daher:

- Gleichberechtigte Einbindung aller betroffenen Länder.
- Eindämmung des privilegierten Zugangs von Partikularinteressen und Konzernen.
- Verankerung des Vorsorgeprinzips in allen Verträgen.
- Öffentliche und transparente Verhandlungen mit ausreichend zeitlichem Raum für Debatten.
- Primat der Politik: WTO ist demokratisch legitimierten Entscheidungsprozessen und -strukturen zu unterwerfen.

3. Gleichbehandlung von Ungleichen

Da die WTO nur eine sehr einseitige und undifferenzierte Handelslogik kennt, ist sie blind für die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Welt. Systematisch werden Ungleiche und Ungleiches gleich behandelt. Die völlig unterschiedlichen Voraussetzungen der Handelspartner führen dazu, dass sich systematisch der stärkere Partner auf Kosten des Schwächeren durchsetzt. Die formale Gleichheit entspricht derzeit jedenfalls nicht einer notwendigen und angemessenen Differenzierung zwischen den WTO-Mitgliedern. Es braucht gerechte Spielregeln unter Rücksichtnahme auf soziale, wirtschaftliche und umweltrelevante Entwicklung, auch auf Ebene der Wirtschaftsgüter. Derzeit wird die Herstellung und Wirkung von Gütern nicht berücksichtigt. So wird eine gentechnisch veränderte Sojabohne

gleichgesetzt mit einer konventionellen oder gar ökologisch produzierten. Auch ein T-Shirt ist immer gleich – unabhängig, ob es durch Kinderarbeit oder sozial bestens abgesicherte ArbeiterInnen gefertigt wurde.

Wir fordern daher:

- Sonder- und Vorzugsbehandlungen für schwächere Länder.
- Berücksichtigung des Produktionsprozesses von Gütern und Dienstleistungen als relevanten Grund für Ungleichbehandlung.
- politischer Spielraum muss für alle Länder erhalten bleiben, eine selbstbestimmte Entwicklungsstrategie ist zu verfolgen.

4. Landwirtschaft: Ernährungssouveränität statt Exportorientierung

Liberalisierung im Agrarhandel steht im Widerspruch zu einer ökologisch nachhaltigen, klein strukturierten Landwirtschaft. Die WTO agiert völlig gegenteilig. Durch das exportorientierte Modell des Freihandels profitieren ausschließlich „die Großen“ (Konzerne, Agraroligarchen) mit ihrer industriellen Landwirtschaft. Die große Mehrheit der KleinbäuerInnen in Nord und Süd verlieren und die Zerstörung der Umwelt schreitet voran.

Wir fordern daher:

- Abschaffung von Handelsverzerrungen, die zu Dumping und Zerstörung lokaler Märkte führen.
- Reform des Agrarhandels im Sinne einer ökologisch nachhaltigen und kleinstrukturiert bäuerlichen Landwirtschaft und weg von einem liberalisierten, exportorientierten Landwirtschaftsmodell.
- Schutzzölle müssen zur Erreichung des Ziels der Ernährungssouveränität erlaubt bleiben.
- Kostenwahrheit im Transport.

5. NAMA: Deindustrialisierung und Zerstörung statt nachhaltiger Entwicklung

Mit dem NAMA-Abkommen droht den Entwicklungsländern eine weitgehende Deindustrialisierung und wichtigen Naturgebieten ihre völlige Zerstörung. Für Entwicklungsländer ist es zentral, dass sie ihre oft jungen, heimischen Industrien vor übermächtiger Konkurrenz schützen und so einen nachhaltigen Entwicklungspfad beschreiten können. Die Senkung der Zölle und die Beseitigung von wichtigen gesellschaftlichen Regulierungen, welche als „Non-Tariff Barriers“ denunziert werden, würde das verunmöglichen. Auch sensibelste Umweltbereiche sind in Gefahr. So würde ein Abschluss bei NAMA die verstärkte Rodung der letzten Urwälder und das beschleunigte Leerfischen der Weltmeere bedeuten.

Wir fordern daher:

- Keine weiteren Forderungen bei NAMA. Insbesondere die Entwicklungsländer müssen ihre Zölle frei bestimmen können.
- Wald und Fischerei sollten vom NAMA ausgenommen werden.
- Handelsbeschränkungen zum Schutz der Gesundheit, der Umwelt, der regionalen Entwicklung dürfen nicht als „Non-Tariff Barriers“ angegriffen werden.